

ASCHAFFENBURGER BÜNDNIS

DEMOKRATIE ERHALTEN - STOP TTIP!



CETA - SCHON VOM TISCH?

Vortrag & Gesprächsrunde

mit Dr. Wolfgang Kessler

und den LandtagskandidatInnen

**15. JUNI 2018, 19:00 UHR,
MARTINUSHAUS ASCHAFFENBURG**

V.i.S.d.P.: Ludwig Stauner, Lange Sträucher 1, 63808 Haibach
Druck: Aula Druck, Furtwänglerweg 30, 63911 Klingenberg

DAS ASCHAFFENBURGER BÜNDNIS DEMOKRATIE ERHALTEN - STOP TTIP LÄDT EIN:

CETA - SCHON VOM TISCH?

VORTRAG & GESPRÄCHSRUNDE

Seit September 2017 ist CETA, das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada vorläufig in Kraft getreten. Die endgültige Entscheidung steht allerdings noch bevor. CETA hat weitreichende Auswirkungen auf entscheidende Lebensbereiche. Die Verantwortung liegt jetzt bei den Länderparlamenten der Europäischen Union.

Wie es mit CETA weitergehen soll, dazu veranstaltet das Aschaffener Aktionsbündnis mit **Dr. Wolfgang Kessler, dem Chefredakteur der zweiwöchig erscheinenden Zeitung Publik-Forum, und den LandtagskandidatInnen der untenstehenden Parteien** einen Informations- und Gesprächsabend.

Der Kampf gegen CETA kann neue Fahrt aufnehmen. Rückenwind für eben diesen könnte ein Gerichtsurteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) sein. Der EuGH hatte zuletzt den Rechtsstreit zwischen dem niederländischen Unternehmen Achmea und der Slowakei beschieden und private Schiedsgerichte für nicht mit dem EU – Recht vereinbar erklärt. Nun handelt es sich bei diesem Urteil um einen zwischenstaatlichen Vertrag innerhalb der EU. Inwieweit das Urteil auf den CETA-Vertrag zwischen der EU und Kanada anwendbar ist, lässt sich schwer abschätzen. Fakt ist jedenfalls, dass der EuGH eine private Schiedsgerichtsbarkeit sehr kritisch sieht. Der Kampf gegen CETA sollte auf keinen Fall eingestellt werden, denn 26 EU-Mitgliedstaaten müssen CETA noch ratifizieren.

Beginnen wollen wir die Gesprächsrunde mit einem kurzen Einführungsreferat des Ökonomen Dr. Wolfgang Kessler.

Wir stellen konkrete Fragen zu den Themen:

- Regulatorischen Kooperation
- Privatisierung der Öffentlichen Dienstleistungen
- Bedrohung der Demokratie
- Aushebelung von Umwelt-, Sozial- und Verbraucherstandards
- Installierung von Privaten Schiedsgerichten
- Versprechen des Wohlstands für alle
- Urteil des EuGH zu Investorschutzklagen innerhalb Europas

Eingeladen sind jeweils eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Parteien CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Freie Wähler, FDP, DIE LINKE und ÖDP.

Moderation: Wolfgang Helm, Mitglied des Sprecherrates.